

Macht trat die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln beruhte. Damit schuf die V. die staatsrechtliche Voraussetzung für die wahre Volkssouveränität und die Verwirklichung der Grundrechte der Bürger der DDR. Sie erklärte den Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Freundschaft mit allen Völkern zum obersten Grundsatz der Staatspolitik. Auf der Grundlage dieser V. wurde in der DDR der demokratische Weg zum Sozialismus beschritten und eine stabile sozialistische Gesellschaft sowie eine moderne sozialistische Wirtschaft von hoher Leistungskraft geschaffen. Die sozialistische Menschengemeinschaft wird verwirklicht. Ausgehend von der Analyse und Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR, schlug der VII. Parteitag der SED (1967) vor, eine sozialistische V. auszuarbeiten, die dem erreichten historischen Entwicklungsstand entspricht. Diese neue V. wird der entwickelten sozialistischen Gesellschaft das staatsrechtliche Fundament geben und die Lösung weiterer gesellschaftlicher Aufgaben fördern. Sie wird das Grundgesetz für eine deutsche Politik des Friedens, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft sein.

Versailler Vertrag: auf der Pariser Friedenskonferenz vorbereiteter, am 28.6.1919 Unterzeichneter und am 10.1. 1920 in Kraft getretener Friedensvertrag zwischen den Ententemächten und Deutschland. Der V. V. beendete formal den ersten imperialistischen Weltkrieg; er war „ein unerhörter Raubfriede“ (W. I. Lenin). Er fixierte die Neuaufeilung der Welt zugunsten der Ententemächte und

war Bestandteil der imperialistischen Nachkriegsordnung (Versailler System). Er konnte von den Ententeimperialisten dem besiegten Deutschland aufgezungen werden, da die Novemberrevolution 1918 nicht zur Entmachtung von Imperialismus und Militarismus und zum festen Bündnis Deutschlands mit der jungen Sowjetrepublik geführt hatte. Der V. V. unterwarf die deutschen Werktätigen einer doppelten Ausbeutung, beschränkte die Souveränität Deutschlands, drängte die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt zeitweilig zurück, ließ jedoch die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus unangetastet, um die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland niederzuhalten und das imperialistische Deutschland als potentiellen Verbündeten gegen Sowjetrußland zu erhalten. Der V. V. gab dem deutschen Imperialismus und Militarismus die Möglichkeit, den Kampf gegen das revolutionäre Proletariat sowie den Antisowjetismus als Druckmittel gegenüber den Westmächten zur Revision des Versailler Systems auszunutzen und mit revanchistischer Propaganda gegen den V. V., insbesondere gegen Art. 231, der die alleinige Kriegsschuld Deutschlands konstatierte, den nächsten Krieg vorzubereiten. Als einzige deutsche Partei verknüpfte die KPD ihren Kampf gegen den V. V. mit dem Kampf gegen die antinationale imperialistische Politik der deutschen Großbourgeoisie und für ein Bündnis mit Sowjetrußland. Der V. V. barg den Keim eines neuen Krieges in sich und vergiftete die internationalen Beziehungen. Er zwang Deutschland zu umfangreichen Gebietsabtretungen (67 300 km<sup>2</sup>). Im Vergleich zu 1910 verlor Deutschland ein Achtel seines Territoriums und ein